

Kleine Anfrage

## Auftragsvergabe der Versichertenverwaltung der neu gegründeten Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL)

---

Frage von Landtagsabgeordneter Harry Quaderer

Antwort von Regierungschef Adrian Hasler

### Frage vom 04. Juni 2014

Die Versichertenverwaltung der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein erging an die PFS / Pension Fund Services AG, Glattbrugg in der Schweiz. Was fällt auf bei dieser Auftragsvergabe?

Es gibt einen Herrn Beat Morf und eine Frau Ester Sager. Beide sind Pensionsexperten und arbeiten bei der Dipeka AG Zürich. Frau Sager ist in der Projektgruppe der Regierung für die PVS-Sanierung tätig und hat im Auftrag dieser Projektgruppe die Ausschreibung für die technische Verwaltung der neuen SPL erstellt sowie die Vergabekriterien gestaltet.

Herr Morf, Arbeitskollege von Frau Sager bei der Dipeka AG, war früher Geschäftsführer der PFS in Glattbrugg und ist zwischenzeitlich als Angestellter der Dipeka auch als Pensionskassen-Experte seiner früheren Arbeitsstätte der PFS, welche den Zuschlag für die Versichertenverwaltung erhielt, tätig.

Dass die liechtensteinischen Bewerber nicht berücksichtigt wurden ist das eine, dass aber der Auftrag an die Firma PFS erging, bei welcher natürlich eine Verbindung zwischen Frau Sager und auch Herrn Morf besteht, lässt Böses ahnen.

Die Firma Dipeka AG arbeitet gleichzeitig für die Regierung, die SPL und für die PFS.

Interessenskonflikt ist das eine. Wenn man sich aber den Zusammenhang und Konstellation der beteiligten Akteure auf der Zunge vergehen lässt, schmeckt das mehr als nur bitter.

1. Herr Regierungschef, wann wurden Sie über diese seltsam anmutenden Zusammenhänge, welche man natürlich auch mit Interessenskonflikt betiteln könnte, informiert?
2. Wurde die GPK und auch die Finanzkommission über die entsprechenden Zusammenhänge informiert?

### Antwort vom 06. Juni 2014

Der Entscheid, ob die zukünftige Geschäftsführung und Versichertenverwaltung in Eigen-regie erfolgt oder an Dritte übertragen wird, liegt in der alleinigen Kompetenz und Aufgabe des Stiftungsrates der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL). So war die Regierung nach der Konstituierung der Stiftung anfangs Januar 2014 in keiner Weise an der Entscheidungsfindung des Stiftungsrats zu diesem Thema involviert. Die von der Regierung ein-gesetzte Arbeitsgruppe zur Errichtung einer neuen Vorsorgeeinrichtung hat, um Zeit zu gewinnen, die Ausschreibung der Verwaltungsorganisation im November und Dezember 2013 vorbereitet und koordiniert. Die Entscheidungsfindung und der definitive Entscheid war jedoch alleinige Sache des Stiftungsrates.

Es gilt noch einmal zu betonen, dass es sich bei der SPL um eine private Stiftung handelt, welche der alleinigen Aufsicht der FMA untersteht. Diese Unabhängigkeit von der Politik war ein wichtiges Anliegen des Landtages bei der Beratung der Gesetzesvorlage zur Neuord-nung der staatlichen Personalvorsorge.

Die im Einleitungstext zu dieser Kleinen Anfrage vorgebrachten persönlichen Angriffe und Unterstellungen weist die Regierung mit aller Deutlichkeit zurück. Verschiedene Angaben sind nicht korrekt und voneinander unabhängige Gesellschaften werden vermischt. So war z.B. der in der Kleinen Anfrage genannte Mitarbeiter der Dipeka AG nie Geschäftsführer der PFS Pension Fund Services AG. Die unkritische Übernahme von fehlerhaften, personenbezogenen Informationen in Kleine Anfragen ist nach Ansicht der Regierung höchst problematisch.

Die Fa. Dipeka AG hat im anspruchsvollen Sanierungsprojekt der PVS wertvolle Arbeit geleistet und wurde auch seitens der neuen Vorsorgestiftung SPL ohne Zutun der Regierung als Pensionskassen-experte berufen. Die Fa. Dipeka AG hat in der Schweiz einen exzellenten Ruf und bei der Zu-lassung von Experten durch die Oberaufsichtskommission werden auch die Interessenver-bindungen der jeweiligen Personen überprüft. Gemäss Rückfrage gibt es kein Mandatsver-hältnis zwischen der Dipeka AG und der PFS Pension Fund Services AG in Glattbrugg. Dementsprechend gibt es auch keinen Interessenskonflikt. Die Mandatierung eines Dipeka-Mitarbeiters als gesetzlich zugelassener Pensionskassenexperte bei der Sammelstiftung PFS ist davon nicht betroffen.

Die Regierung empfiehlt, bei Fragen zur Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein die Zustän-digkeiten zu respektieren, und bei einzelnen Fragen den Stiftungsrat zu konsultieren.